

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
e-mail: tarife@e-control.at

Kontakt
Dr. Tomas Müller/mme

DW
220

Unser Zeichen
[Unser Zeichen]

Ihr Zeichen

Datum
14.11.2013

Stellungnahme der Sparte Erzeugung zur Systemnutzungsentgelte-VO 2012 – Novelle 2014 (SNE-VO2012 – Novelle 2014)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Oesterreichs Energie bedankt sich für die Gelegenheit, zum vorliegenden Verordnungsentwurf Stellung nehmen zu dürfen.

Der vorliegende Entwurf der SNE-VO 2012 Novelle 2014 prolongiert die bereits bestehenden übermäßigen Belastungen für Erzeuger und führt in Anbetracht der derzeitigen Marktlage zu keiner wesentlichen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Stromerzeugungsanlagen und damit der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in Österreich.

In den letzten Jahren wurden in Österreich einzelne Entgeltkomponenten wie das Netzverlustentgelt, das Systemdienstleistungsentgelt, das Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke und die Kosten der Primärregelung sowie die Entgelte aus der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung für österreichische Erzeugungsanlagen eingeführt oder massiv erhöht. Diese Entgeltkomponenten gefährden weiterhin die Versorgungssicherheit in Österreich und stellen einen Wettbewerbsnachteil für österreichische Erzeuger dar, da Stromimporte aus angrenzenden EU-Nachbarstaaten nicht mit den Entgeltkomponenten, welche inländische Erzeuger zu tragen haben, konfrontiert werden. In einem gemeinsamen Marktgebiet sind gleiche tarifliche Wettbewerbsbedingungen unabdingbar.

Hinsichtlich der Höhe des Systemdienstleistungsentgeltes (Österreichischer Bereich) gemäß § 8 des aktuellen Entwurfs wird angemerkt, dass dieser sich zwar gegenüber der Novelle 2013 leicht gesenkt hat, jedoch gegenüber der SNE-VO 2012 immer noch um rund 40% erhöht ist. In diesem Zusammenhang ersucht Oesterreichs Energie, die möglichst rasche Marktöffnung für Sekundärregelung hin zu größeren Märkten zu forcieren.

Ebenso wirkt sich die hohe Tarifbelastung (Doppelbelastung) bei bestehenden Pumpspeichieranlagen (Zahlung des Systemdienstleistungsentgeltes und Netzverlustentgeltes als Stromerzeuger sowie des Netznutzungsentgelt und Netzverlustentgeltes für den Pumpbetrieb) äußerst negativ auf den Einsatz von Pumpspeichieranlagen aus. Die Belastung von Pumpspeichern mit Systemnutzungsentgelt (Netzverlustentgelt, Netznutzungsentgelt, Systemdienstleistungsentgelt) hat sich seit 2008 um ca. 370% erhöht, gleichzeitig haben sich die Wälzerlöse de facto halbiert.

Diese Entwicklungen tragen nicht dazu bei, die Investitionsbereitschaft der heimischen Stromversorgungsunternehmen in neue Kraftwerksanlagen zu erhöhen, weil hierdurch die Rentabilität von kapitalintensiven und langfristig angelegten Großprojekte damit zusätzlich gefährdet wird.

Zu den einzelnen Gesetzesbestimmungen/Bestimmungen des Verordnungsentwurfs nehmen wir wie folgt Stellung:

Zu § 4 Abs. 1 Z 8

Seit 1. Jänner 2009 werden Pumpspeicherkraftwerke nicht nur als Erzeuger sondern auch als Entnehmer qualifiziert und somit doppelt belastet. Wir weisen darauf hin, dass diese Doppelbelastung der Pumpspeicher kontraproduktive Auswirkungen für das gesamte Versorgungssystem hat. Der positive Beitrag der Pumpspeicherkraftwerke zur Systemstabilisierung darf nicht durch überbordende Netzgebühren konterkariert werden. Daher sind auch bestehende Pumpspeicher vom entnehmerseitigen Netznutzungsentgelt zu befreien.

Zu § 4 Abs. 1 Z 9

Oesterreichs Energie begrüßt grundsätzlich tarifliche Maßnahmen, die geeignet erscheinen, um Anreize für eine Stützung und Erhöhung der Versorgungssicherheit in Österreich zu schaffen.

Diese Regelung stellt sicher, dass alle Endverbraucher zu gleichen Bedingungen Regelernergie anbieten können. Diese Maßnahme trägt zur Erhöhung der Liquidität des Regelergiemarktes und damit zur Versorgungssicherheit bei und verbessert die Effizienz des Gesamtsystems.

Aus dem Begutachtungsentwurf sowie aus der diesbezüglichen Erläuterung ist jedoch nicht ersichtlich, wie im Konkreten die angedachte Bestimmung in der Praxis (Betroffene

Kundengruppen, Verantwortlichkeiten im Zuge der Abrechnung und Ablauf zwischen den Marktteilnehmern etc.) anzuwenden ist. Diesbezüglich ersucht Oesterreichs Energie um nähere Ausführungen in den Erläuterungen.

Zu § 6

Die Belastung von Stromerzeugern mit Netzverlustentgelten wirkt sich negativ auf die Investitionsbereitschaft der heimischen Stromerzeuger aus. Oesterreichs Energie lehnt die Einbeziehung der Erzeugung in diese Tarifkomponente grundsätzlich ab.

Zu § 8

Oesterreichs Energie ist der Auffassung ist, dass die gesetzlich vorgesehene Einbeziehung der Arbeitskosten der Sekundärregelung in die Systemnutzungstarife dem Grundsatz der Kostenverursachungsgerechtigkeit widerspricht und diskriminierend ist. Weiters wird die Einbeziehung von Kosten aus der technisch der Tertiärregelung zuzurechnenden Produkten (sogenannte Ausfallsreserve) in die Systemdienstleistung abgelehnt.

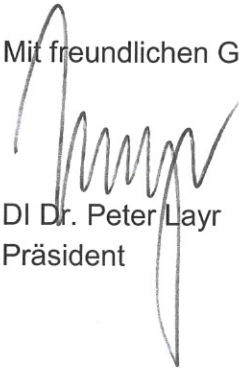
Trotz der gesetzlich vorgeschriebenen marktkonformen Ausschreibung der Sekundärregelung gemäß § 69 EIWOG würde der in der SNE-VO 2013 Novelle 2014 angedachte Tarif noch immer einen Anstieg gegenüber der SNE-VO 2012 von rd. 40% bedeuten.

Dadurch erwächst den inländischen Erzeugern ein Wettbewerbsnachteil gegenüber den ausländischen Anbietern. Weiters besteht damit auch die konkrete Gefahr, dass eine Reihe von politischen Zielsetzungen (weniger Atomstromimport; Versorgungssicherheit, Stärkung der inländischen Stromproduktion) nicht erreicht werden können.


Die Regelung des § 8 kann aufgrund der vorliegenden Informationen der Höhe nach nicht nachvollziehbar geprüft werden. Nach Ansicht von Oesterreichs Energie bedarf es einer klaren Darstellung in den Erläuterungen wie diese Entgeltkomponente zustande kommt.

Mit der Bitte um Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen



DI Dr. Peter Layr
Präsident



Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin